Eckernförde kann zu Beginn des 20. Jhs. zu jenen Kleinstädten gezählt werden, die durch ihre Mittelpunktslage eine wichtige wirtschaftliche, administrative und verkehrsmäßige Funktion innehatten, aber durch die Industrialisierung nur am Rande erfaßt wurden. Folglich blieb die Bevölkerungszahl der Stadt auch relativ konstant: Sie stieg von ca. 5000 um 1879 auf lediglich 7100 um 1910. Dieser Zuwachs entsprach keinesfalls den explosionsartigen Steigerungsraten der Bevölkerung anderer am Meer gelegener Städte wie z. B. von Flensburg oder Kiel. Die Wirtschaftsstruktur Eckernfördes war stark durch Fischerei und Fischverarbeitung geprägt. Die ca. 300 ansässigen Fischer belieferten zum großen Teil die Fischräuchereien in der Stadt, die wiederum etwa 400 Arbeitskräfte beschäftigten. 1912 verschickten diese Betriebe immerhin fast 2 Mill. kg Räucherfisch (die sog. „Kieler Sprotten", die aber größtenteils in Eckernförde verarbeitet worden waren) in alle Welt. Daneben gab es noch einige kleine Werftbetriebe und die kaiserliche „Torpedoversuchsanstalt", die 1913 hier errichtet worden war.

Als Mittelpunkt und Verwaltungszentrum der Landschaften Schwansen und Dänischer Wohld, die beide durch große Gutswirtschaften geprägt waren, spielten um die Jahrhundertwende auch der Getreide- bzw. Viehhandel und auch einige Geldinstitute eine Rolle.[1] Insgesamt aber war Eckernförde eine eher handwerklich-bürgerlich bestimmte Gemeinde.

In dem mit der Stadt verbundenen Dorf Borby, das damals noch nicht eingemeindet war, wohnten allerdings viele der in Eckernförde tätigen Arbeiter und Fischer, aber auch Landarbeiter der umliegenden Güter. Borby zählte um 1900 ca. 2000 Einwohner.

Rolf Schulte

Revolution in der Provinz

Eckernförde 1918/19

1. Eckernförde nach der Jahrhundertwende – ein Überblick

Schleswig-Holstein heute

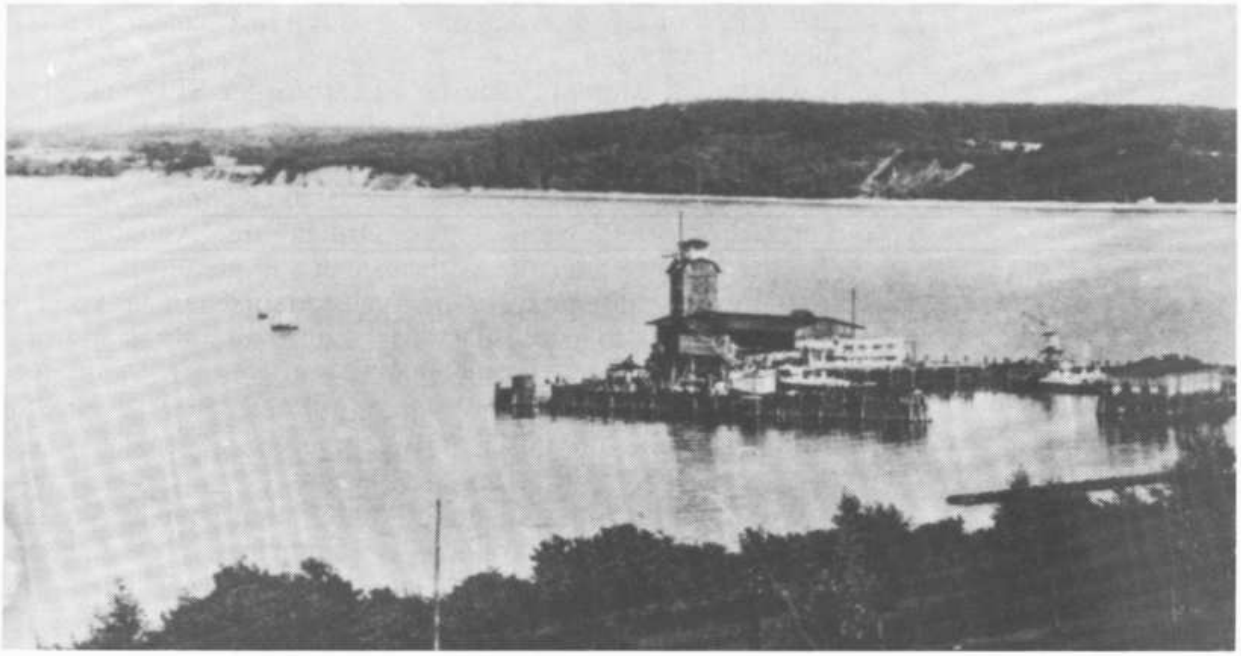
Eckernförde 1914: Im Hintergrund sind die Schornsteine der ca. 30 Fischräuchereien zu erkennen; trotz dieser Betriebe wies die Stadt damals viele Züge einer typisch ländlichen Kleinstadt auf (Foto: Stadtarchiv Eckernförde).

Frauen beim „Opsteeken" in einer Fischräucherei. Die gefangenen Sprotten wurden auf Eisenhaken gesteckt und dann in Kammern geräuchert.

Als militärischer Standort war Eckernförde gänzlich unbedeutend; erst während des ersten Weltkrieges waren zwei Landsturmkompanien und eine U-Bootschule hierher verlegt worden. Ein Wunsch, den einige kriegsbegeisterte Eckernförder Bürger häufig geäußert hatten, ging in Erfüllung. Das Wahlverhalten der Eckernförder Bevölkerung – bekanntlich hatten im Kaiserreich nur Männer das Wahlrecht – entsprach insgesamt der linksliberalen Ausrichtung der Wählerschaft in Schleswig-Holstein: 1912 erhielt die Fortschrittliche Volkspartei 43,1 %, die SPD 41,1 % und die Nationalliberale Partei, die offenbar mit den Konservativen ein Wahlbündnis geschlossen hatte, 15,8 % der Stimmen. In Borby allerdings hatte die SPD bei allen Wahlen mit Ausnahme derjenigen, die unter den Bismarck'schen Sozialistengesetzen stattfanden, die absolute Mehrheit gewonnen.

Die Arbeiterbewegung war zu Ende des 19. Jhs. – wie die Wahlergebnisse schon zeigten – aus der Stadt nicht mehr wegzudenken. Da die SPD damals unter sehr sorgfältiger Beobachtung der königlichen Behörden stand, die darüber genaue Aufzeichnungen machten, und außerdem ein Protokollbuch der Ortsgruppe der SPD in Eckernförde aufgefunden werden konnte, läßt sich die Entwicklung der Arbeiterbewegung gut verfolgen. Der 1891 in der Stadt (offenbar Eckernförde und Borby) gegründete Ortsverein bestand um 1900 aus etwa 200 Mitgliedern, von denen sich 70–100 regelmäßig einmal im Monat trafen. Neben anderen aktuellen und allgemeinpolitischen Themen bzw. Forderungen wurde immer wieder das Thema *„Frieden"* diskutiert und der *„preußische Militarismus"* scharf angegriffen. Auch die intensive Bildungsarbeit fällt auf: *„Die Revolution von 1848"*, *„China und der Boxeraufstand"* und

[1] Für den gesamten Abschnitt siehe: *K. Nernheim*: Der Eckernförder Wirtschaftsraum, Kiel 1958



Die im Süden der Stadt 1913 errichtete Torpedoversuchsanstalt war einer der wichtigsten Betriebe und Arbeitgeber in Eckernförde; sie war aber auch durch die Konzentration von Industriearbeitern zu einer Hochburg der Arbeiterbewegung geworden (Foto: Stadtarchiv Eckernförde).

Eine der engen Straßen in der Eckernförder Innenstadt, 1912 aufgenommen: Die abgebildeten Jugendlichen trugen auch hier den damals üblichen deutschen „Matrosenanzug", der mit der zunehmenden Außen- und Seeorientierung des Deutschen Reichs in Mode gekommen war und dessen Verbreitung als Identifikation mit dem wilhelminischen Staat gesehen werden kann. In der Zeit der kaiserlichen Großmachtbestrebungen verdrängte diese Kindertracht das auf andere Weise geschnittene englische Konkurrenzmodell oder auch z. B. die „dänische Schiffermütze", die Thomas Mann in seinen Erzählungen für Lübeck erwähnt. Der „Kieler Matrosenanzug" stieg Anfang des 20. Jhs. zur Kindermode nicht nur der herrschenden Oberschicht auf – übrigens auch für Mädchen (Foto: Stadtarchiv Eckernförde).

„Die englische Arbeiterbewegung" waren u. a. Diskussionsthemen der Sitzungen.

Zusätzlich widmete sich die Eckernförder SPD nach 1900 zunehmend der Agitation von Landarbeitern in den Gutsbezirken. Hier wurden jedoch häufig Rückschläge oder Widerstände gemeldet. So verweigerten z. B. die Kontaktleute in den Landarbeitersiedlungen unter Druck die Annahme der „Volkszeitung", oder die Gutsbesitzer sammelten die gerade verteilten sozialdemokratischen „Norddeutschen Volkskalender" ein und gaben stattdessen in Zusammenarbeit mit dem Landrat in Eckernförde sogenannte patriotische „Vaterlandskalender" aus. Der Landrat leitete übrigens auch bereitwillig die Schriften des preußischen Kriegervereins gegen die SPD an die Gutsbesitzer zur Verteilung weiter.[2]

Während der zugespitzten internationalen Lage im Sommer 1914 gab es laut Protokollbuch erstaunlicherweise keine Diskussion der Kriegsgefahren. Über den Kriegsbeginn erfuhr man nur beiläufig: Am 22. 10. 1914 – zwölf Wochen nach Anfang der Kriegshandlungen – wurde während einer Sitzung angemahnt, daß der Vorstand für die Verteilung der Volkszeitung an die *„Männer im Felde"* Sorge tragen möge.[3] Die Ekkernförder Sozialdemokraten schienen den Krieg als gegeben hinzunehmen, nichts erinnerte mehr an die im Ortsverein sichtbare Anti-Kriegs-Stimmung vor weniger als 20 Jahren.

1916 bildete sich aber auch in Eckernförde eine starke Opposition gegen die bisherige Politik der SPD, die die Kriegskredite im Reichstag nach wie vor mitbewilligte. Gegen nur vier Stimmen wurde folgender Antrag angenommen:

„Die heute tagende Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Eckernförde erkennt die Tätigkeit der Oppositionsvertreter in den Parlamenten an... Unter allen Umständen sollte versucht werden, sobald wie möglich eine internationale Verständigung herbeizuführen, damit die Proletarier aller Länder geschlossen wie früher den Kampf gegen die Kapitalisten- und Imperialistengruppe in den einzelnen Ländern wieder aufnehmen können."[4]

Heftige Auseinandersetzungen führten schließlich im Juli 1917 zur Gründung der USPD (Unabhängige Sozialdemokratische Partei) in der Stadt. Fast 75 % der Mitglieder des Ortsvereins scheinen sich den Unabhängigen angeschlossen zu haben, wenn man die Angaben über die Mitgliederzahl der USPD mit denen der ehemaligen (Gesamt-)SPD vergleicht. Der restliche Teil verblieb in der nun im Reich (M)SPD (Mehrheits-SPD) genannten Partei.

Die rationierte Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln führte wie überall im Reich auch in Eckernförde zu tiefen Einschnitten in das alltägliche Leben der Menschen. Im Winter 1916/17, der als *„Rübenwinter"* in die Erinnerung Vieler Eingang gefunden hat, mußten die meisten Eckernförder Familien sich morgens, mittags und abends nur von gekochten Rüben ernähren. 1917 dann hatte jeder nicht *„selbstversorgende"* Bürger der Stadt Anspruch auf 170 gr. Brot (das sind drei Scheiben), 350 gr. Kartoffeln und 60 gr. Fett pro Tag. Hinzu kam,

[2] LAS 320 Eckernförde/Akte SPD (unnumeriert).
[3] Protokollbuch der SPD Eckernförde: Eintragung 22. 10. 1914.
[4] Protokollbuch a.a.O.: Eintragung 21. 10. 1916.

daß jeder Familie nur ein Dreiviertel Liter Petroleum, 500 gr. Karbid und zwei Kerzen im Monat als Beleuchtungsmittel zur Verfügung standen.[5]

Der im Januar 1918 im ganzen Reich gegen die Verkürzung der Brotrationen geführte Streik fand in Eckernförde mit aktiver Unterstützung der USPD regen Zuspruch.[6]

2. „Ordnung und Aufmerksamkeit" oder: Eine Revolution ohne Widerstand

Am 4. November 1918 marschierten die in Eckernförde stationierten Marinemannschaften – teilweise bewaffnet – durch die Stadt, hißten eine rote Flagge auf ihren Wohnschiffen und befreiten einen verhafteten Soldaten aus dem Amtsgericht. Gleichzeitig erklärten Arbeiter der Torpedoversuchsanstalt ihren Betrieb als durch die Belegschaft übernommen. Die Landsturmmannschaften entwaffneten ihre Offiziere und die in der Stadt tätigen Polizisten. Daraufhin verließ ein Großteil der Offiziere Eckernförde. Die Aufständischen schenkten einem in der „Eckernförder Zeitung" abgedruckten Aufruf der zentralen SPD-Leitung in Berlin, der vor allen öffentlichen Kundgebungen warnte und zur Ruhe aufrief, da *„die SPD im Zustand einer sehr wichtigen Aktion"* sei und man diese *„nicht durch unbesonnenes Dazwischentreten durchkreuzen"* möge, offensichtlich keine Beachtung mehr.[7]

Auch der Landrat, der am Tage zuvor noch Anweisungen erhalten hatte, gegen innere Unruhen militärisch vorzugehen, versuchte sich nicht mehr durchzusetzen. Inzwischen waren Einzelheiten des Matrosenaufstandes in Kiel vom 3. November, der vier Todesopfer gefordert hatte, bekannt geworden. Mit hoher Wahrscheinlichkeit hatten Matrosen aus Kiel diese hierher überbracht und zugleich zur Solidarität aufgefordert.

Am 5. November rief dann ein inzwischen – offensichtlich nach Kieler Muster – gegründeter *„Arbeiter- und Soldatenrat"* zu einer Versammlung in der Gaststätte „Stadt Hamburg" auf. Wegen des großen Andrangs mußte die Veranstaltung auf den großen Platz des Ortes, den Exerzierplatz, verlegt werden. Als Vorsitzender dieses Arbeiter- und Soldatenrates war Maschinenschlosser Otto Jünger, ein Mitglied der (M)SPD, gewählt worden. Jünger ging in seiner Rede auf die Kieler Vorgänge ein und stellte einen vorläufigen *„Aktionsausschuß"* vor, der *„ein Glied der großen, in kurzem sich voraussichtlich über ganz Deutschland erstreckenden Volksbewegung sei und dem jeglicher Schutz von Kiel aus zur Verfügung stehe"*.[8]
Er betonte das Bemühen der Aufständischen, ohne Gewalt auszukommen, und kündigte fürs erste keine revolutionären Veränderungen an:
„Das wirtschaftliche Leben solle auch hier ungestört seinen Fortgang nehmen, jeder solle auf seinem Posten bleiben und diesen voll ausschöpfen, Ordnung und Aufmerksamkeit solle herrschen. Im besonderen werde man bemüht bleiben, eine geordnete Lebensmittelversorgung zu gewährleisten... Das Wort... gelte auch für die Spitzen der Behörden. Landrat und Bürgermeister sollten ebenfalls ihren Platz behalten und unter Leitung des Aktionsausschusses für das Wohl der Allgemeinheit weiterarbeiten."[9]

[5] *C. Kock*: Kreischronik 1914–18, in: Jahrbuch der Heimatgemeinschaft Eckernförde, 1958, S. 57f.
[6] Protokollbuch a.a.O.: Eintragung vom 16. 2. 1918.
[7] Eckernförder Zeitung 4. 11. 1918. Die Existenz und die Urheberschaft des Flugblattes ist belegt: siehe *U. Kluge*: Soldatenräte und Revolution, Göttingen 1972, S. 64.
[8] Eckernförder Zeitung 6. 11. 1918.
[9] Eckernförder Zeitung 6. 11. 1918.

Daraufhin rief Jünger zur Wahl eines endgültigen Arbeiter- und Soldatenrates auf, der 30 Bürger aus verschiedenen Berufsgruppen und 12 Soldaten umfassen sollte. Diese müßten allerdings das Vertrauen der Gesamtbürgerschaft besitzen. Der dann gewählte Rat setzte sich nach Angaben des damaligen Landrates *„aus Fischern, Arbeitern, Schlossern, Matrosen, Landsturmleuten und einigen Bürgern"*[10] zusammen. Der innere Ausschuß dieser Einrichtung, der *„Vollzugsausschuß"*, bestand aus den gehobenen Dienstgraden der Unteroffizierslaufbahn, nämlich zwei Obermaaten, zwei Sergeanten und einem Oberheizer, bzw. aus drei Arbeitern, zwei Fischern und einem Lehrer.

Dieser Aktionsausschuß suchte Landrat und Bürgermeister im Amt auf, hißte weitere rote Fahnen auf den öffentlichen Gebäuden und forderte zur Weiterarbeit auf. Die Beamten sagten dies auch zu, indem sie auf ihre Pflicht, für das Allgemeinwohl zu sorgen, hinwiesen. Sie verlangten aber auch eine Garantie für die Aufrechterhaltung von *„Ruhe und Ordnung"*, die ihnen auch zugesichert wurde.

Das Protokollbuch der USPD erwähnt die Ereignisse des gesamten November nicht. Revolutionen werden offenbar nicht auf sozialdemokratischen Mitgliederversammlungen beschlossen.

Der Arbeiter- und Soldatenrat hatte Anfang November anscheinend keine langfristigen politischen Zielvorstellungen. Der ‚Aufstand' war nicht von langer Hand vorbereitet gewesen, sondern entstand spontan aus einer Art Verantwortungsgefühl für die im Krieg ausgemergelte Bevölkerung. Mit der nun nicht mehr zu verheimlichenden Niederlage im Krieg und dem Versuch des Marinestabs, Teile der Kriegsmarine noch in eine nutzlose Seeschlacht zu schicken, wie aus Wilhelmshaven bekannt geworden war, galten die alten Autoritäten nicht mehr. Nun schien vielmehr die Zeit der für das Vaterland sorgenden, aber früher gebrandmarkten „vaterlandslosen Gesellen" angebrochen zu sein.

Am Abend des 7. Novembers versuchte der Besitzer des Gutes Hemmelmark bei Eckernförde, der Bruder des Kaisers und Generalinspektor der Kriegsmarine, Prinz Heinrich, von Kiel aus vor den revolutionären Unruhen zu flüchten. Die Ereignisse während dieser Fahrt sind nicht klar rekonstruierbar. Es scheint sich folgendes abgespielt zu haben: Als der Prinz mit seinem Wagen auf der Levensauer Hochbrücke im Norden Kiels wegen der Autopanne eines Lastwagens aufgehalten wurde, baten ihn zwei Matrosen um Mitnahme und stellten sich während der Weiterfahrt auf die Trittbretter des Autos. Der Wagen passierte etwas später eine Straßenkontrolle aufständischer Matrosen, die – offenbar durch die ihnen nicht ganz durchsichtige Aktion verwirrt – das Feuer eröffneten und hierbei den aus Eckernförde stammenden Matrosen O. Schlüder tödlich trafen.[11]

Die Beerdigung Schlüders erfolgte am nächsten Tag in seiner Heimatstadt. Ein Beauftragter des Arbeiter- und Soldatenrates in Eckernförde, H. Witt, hielt hierzu die Grabrede. Er

[10] LAS 320 Eckernförde/Akte Revolution (unnumeriert).

[11] siehe auch: *D. Dähnhardt*: Revolution in Kiel, Neumünster 1978, S. 102f.

machte die politischen Verhältnisse, die letztlich zu dieser Revolution geführt hätten, für den Tod Schlüders verantwortlich. Er wollte bei diesem Begräbnis als Zeichen der Umwälzung auch die äußeren Merkmale des preußischen Militarismus abgeschafft sehen: Anstelle der obligatorischen Kanonenschüsse sollte nun nur die stille Trauer treten. Das in der Stadt umlaufende Gerücht, der Prinz selbst sei hier der Täter gewesen, wurde schnell von der Eckernförder Zeitung dementiert und dann offenbar auch von der Bevölkerung akzeptiert.

3. Der „hohe sittliche Ernst" oder: Die Ziele der Arbeiter- und Soldatenräte

Auf der ersten konstituierenden Sitzung beschloß der nun neu gewählte Arbeiter- und Soldatenrat, hauptsächlich zwei Aufgaben in Angriff zu nehmen: Einerseits die Lebensmittelver-

1. Kreisernährungsamt.
Vertreter: Ringer, Huber und Schönfelder (Friedrichsort), als Beigeordn. Jünger.

2. Kreisarbeitsamt.
Vertreter: H. Witt und Hecht (Friedrichsort), als Beigeordneter Jünger.

3. Soziales, Wohnungsfrage und Wohnungswesen.
Vertreter: Jürg. Jürgensen und Scharfenberg, als Beigeordneter Schumann.

4. Bildungs- und Schulwesen.
Vertreter: Lehrer a. D. Ehlers, Huber und Panitzki (Friedrichsort).

5. Preisprüfungsstelle.
Vertreter: Fr. Lange und Krantz.

6. Aufklärung und Presse.
Vertr.: Jürg. Jürgensen u. Scharfenberg.

7. Kommunalverband — Landratsamt.
Vertreter: Otto Jünger.

8. Fischerei.
Vertreter: Wilhelm Stöcken.

9. Transportwesen.
Vertreter: Sergt. Lüders.

10. Sicherheitsdienst.
Vertreter: Sergt. Lüders und Schumann.

Als Vertreter des Arbeiterrats im Kreisausschuß:
Jünger und Witt für Eckernförde.
Panitzki und Ehnes für den südlichen Teil des Kreises.

Vertreter des Arbeiterrats im Magistrat Eckernförde:
Jürg. Jürgensen und Scharfenberg.

Der Arbeiter- und Soldatenrat stellte nicht nur Beigeordnete zur Kontrolle der bisherigen Ämter ab, sondern versuchte offenbar auch eigenständig, eine öffentliche Verwaltung entlang der bisherigen Stellen zu organisieren bzw. aufrechtzuerhalten (aus: Eckernförder Zeitung, 15. 11. 1918).

sorgung zu sichern und andererseits die Revolution in die Umgebung zu tragen, um die ländliche Bevölkerung über deren Ziele zu informieren. Der Redakteur der als liberal einzustufenden „Eckernförder Zeitung" war wohl von der Atmosphäre des Treffens angetan. Er beschrieb sie pathetisch als mit *„hohem sittlichen Ernst"* und *„ausgeprägtem Verantwortungsgefühl"* durchdrungen.

An den folgenden Tagen versuchte der Arbeiter- und Soldatenrat, diese Beschlüsse umzusetzen. So wurden nicht legal angeeignete Lebensmittel zur weiteren Verteilung an die Bevölkerung beschlagnahmt. Hier erregte vor allem der Fund von ca. 1000 Eiern, die in der Offiziersmesse der U-Bootschule gehortet worden waren, Aufsehen. Ebenfalls für Aufregung sorgte ein Hinweis, daß auf dem Gut Louisenlund von dem Verwalter heimlich nicht näher bekannte, aber zur Abgabe bestimmte Gegenstände eingemauert worden seien. Man fand dort tatsächlich ein Versteck mit Mänteln, Decken, Schuhen und diversen anderen Gebrauchsgütern, jedoch nicht in einem solchen Umfang, der vermutet worden war.

Auf der anderen Seite führten die Räte in allen Orten um Eckernförde Aufklärungsveranstaltungen über die Ziele der Revolution durch; diese dienten zugleich als Wahlforum für die sogenannten *„Bauernräte"*. Die *„Bauernräte"* sollten nach dem Gründungsaufruf durch die inzwischen von der SPD und USPD in Berlin gestellte Reichsregierung, dem *„Rat der Volksbeauftragten"*, allerdings nur wirtschaftliche Aufgaben haben und hauptsächlich die landwirtschaftliche Produktion in Gang setzen.[12] Es wurde auch beschlossen, den aus nicht ermittelbaren Gründen zurückgetretenen und durch einen Beauftragten des Arbeiter- und Soldatenrates ersetzten Schriftleiter der „Eckernförder Zeitung", in sein Amt wiedereinzusetzen. Mitte November äußerte sich nach den in Eckernförde eingehenden Meldungen der durch die Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin beauftragte neue preußische Innenminister, P. Hirsch (SPD), zu den Aufgaben dieser Einrichtungen. In seinem Erlaß bestimmte er, daß die Räte

„als Kontrollinstanz den einzelnen Behörden zur Seite zu treten haben und vorbehaltlich der Vereinbarungen bei allen wichtigen Ereignissen hinzuzuziehen" seien.[13]

Das Rundschreiben sprach den Arbeiter- und Soldatenräten aber ausdrücklich das Recht ab, Beamte abzusetzen. Hierzu sei nur das Ministerium selbst befugt.[14]

Inzwischen hatten die Arbeiter- und Soldatenräte in Eckernförde selbst versucht, ihre Rolle zu definieren. Ihre grundsätzlichen Ziele wurden von ihrem Vorsitzenden, Jünger, am 22. 11. 1918 in einer Versammlung, an der nach Angaben der „Ekkernförder Zeitung" 1200 Personen teilnahmen, umrissen. Da die Ausführungen sehr aufschlußreich für das Selbstverständnis der Revolutionäre sind, werden sie hier ausführlich zitiert. Jünger sagte:

„Ich glaube nicht, daß es notwendig ist, heute die unmittelbaren Ursachen der Revolution nochmals zu wiederholen. Allen sind die Vorgänge bei der Marine, die Straßenkämpfe in Kiel

[12] Hierzu ausführlicher: *R. Schulte*: Landarbeiter und Großgrundbesitz in der Weimarer Republik am Beispiel Eckernförde, in: Demokratische Geschichte I, Kiel 1986, S. 184.
[13] LAS 320 Eckernförde/Rev..
[14] LAS 320 Eckernförde/Rev..

usw. hinreichend bekannt. Die gewaltige Umwandlung hat ihre größeren Ursachen. Das deutsche Volk wurde bisher unter einem System regiert und verwaltet, unter dem nach jeder Richtung hin wir einen schweren Druck verspürt haben. Diesen Druck übte eine einzelne Klasse aus, die die Herrschaft in den Händen hatte. Der ausgeübte Druck mußte zur Revolution führen... Unser Regierungssystem war schon seit Jahrzehnten auf Lug und Trug und Unwahrheit aufgebaut gewesen. Darum hatte es keine Daseinsberechtigung mehr und mußte hinweggefegt werden. Besonders die Arbeiterklasse hatte schwer unter der alten Regierung zu leiden gehabt... Die Warnungen der Volksvertreter blieben ungehört... Dann kam der Krieg... Alles hat dieses Volk mit übermenschlicher Kraft getragen, weil es der Regierung glaubte, daß sie die Freiheit bringen würde, und weil es das Vaterland zu verteidigen für seine Pflicht hielt. Wenn wir jemals belogen worden sind, dann sind wir während des Krieges belogen worden... Eine weitere Quelle der Revolution ist der Militarismus. Wie viele von uns haben diese Schmach an ihrem eigenen Leib erfahren, im blöden Drill und oftmals unverantwortlicher Menschenquälerei, die mit Landesverteidigung nichts zu tun hatte...

Wenn wir dies alles verstehen, dann wissen wir auch, was jetzt zu tun ist.

Die Regierungen im Reiche und in den Einzelstaaten sind gestürzt. An die Spitze sind Männer getreten, die das Vertrauen des Volkes besitzen und in schwerer Stunde den Willen haben, Schweres zu verhüten. Die Arbeiter- und Soldatenräte haben sich gebildet. Sie haben die Aufgabe, für Ruhe und Ordnung zu sorgen und die Behörden... zu beraten und zu überwachen. Die Arbeiter- und Soldatenräte sind die Träger der Macht und haben die Führung im Deutschen Reiche. Sie werden sich bemühen, mit den Behörden zu arbeiten. Wir wollen nicht, daß irgendein Gegensatz zu den Behörden eintritt. Wir wollen gegenrevolutionäre Maßnahmen verhindern, nicht deshalb, weil wir die Macht haben wollen, sondern darum, weil wir die gewaltigen Aufgaben der Arbeiter- und Soldatenräte durchführen müssen. Die Behörden haben sich bereit erklärt, mit uns zusammenzuarbeiten und mit uns die schweren Aufgaben zu lösen. Ihnen allen sind die Waffenstillstandsbedingungen bekannt. Sie sind furchtbar hart und schwer, fast undurchführbar. Aber ich kann und muß die Erklärung abgeben, daß sie dennoch durchgeführt werden müssen, weil wir einen Frieden brauchen, um uns zu erholen... Wir sind der festen Zuversicht, daß es uns möglich sein wird, Friedensverträge abzuschließen, die annehmbar und menschenwürdig sind.

Die überhastete Räumung bringt die entsetzliche Gefahr der Hungersnot mit sich. Wir müssen der gewaltigen Katastrophe vorbeugen, um Deutschland vor einem ungeheueren Abgrund zu bewahren. Darum müssen wir straffer organisieren und Maßnahmen treffen, die vielleicht nicht jedem angenehm sind, die aber mit Rücksicht auf alle getragen werden müssen. Ich ersuche diese Maßnahmen so aufzufassen, daß sie nur geschehen, um den zurückgehenden Truppen Nahrung geben zu können...

Die Demobilisation ist in unserem Kreis auch nicht einfach durchzuführen. Die zurückkehrenden Feldgrauen müssen Arbeit, Brot und Lohn haben. Da darf man uns nicht am organisieren hindern und uns keine Schwierigkeiten machen.

Wir wollen keinen Bolschewismus einführen. Wir sehen auch heute noch nicht ein, daß eine besondere Partei herrschen soll, wir wollen nicht Gleiches mit Gleichem vergelten. Aus diesem Grunde sollen in absehbarer Zeit die Wahlen zur Nationalversammlung stattfinden, die dann die Gesetzgebung regeln wird... Weite Kreise des Volkes sollen das Recht bekommen, zur Nationalversammlung zu wählen und Männer(!) an die Spitze des Reiches zu stellen, zu denen sie Vertrauen haben... Jeder ist dazu berufen mitzuhelfen, daß das Ziel der Revolution, die soziale Republik erreicht wird... Auch der Gegner wird geachtet."[15]

Den letzten genannten Sachverhalt hatte er in einem anderen Wortprotokoll noch näher aufgeführt:

„Wie wir bisher eine einseitige Klassenherrschaft bekämpft haben, so werden wir es auch zukünftig nicht dulden, daß eine gewalttätige Minderheit eine Schreckensherrschaft führt. Der jetzige Zustand ist ein Provisorium. Bis die Nationalversammlung gewählt ist und die Leitung übernimmt, werden wir Arbeiter- und Soldatenräte für Ordnung sorgen."[16]

Der vom Vollzugsausschuß als Beigeordneter des Landrates ernannte Arbeiter Jürgen Jürgensen von der USPD rief anschließend im Einvernehmen mit Jünger dazu auf, den alten Kräften nicht wieder die Macht zu übertragen.

Die Revolution wurde von den Revolutionären auf die Klassengesellschaft des Kaiserreichs zurückgeführt. Der kaiserliche

Mittwoch, d. 18. Dezbr., abends 8 Uhr
in „Stadt Hamburg":
Oeffentliche
Frauenversammlung
Frau Reitze Hamburg spricht über:
Die Stellung der Frau im neuen Deutschland
Alle Frauen und Mädchen über 20 Jahre sind sind zu dieser Versammlung eingeladen. Männer sind als Gäste willkommen.
A.- u. S.-Rat. Vollzugsausschuß

Auch dies sah der Arbeiter- und Soldatenrat als Aufgabe an: Alle Frauen über 20 Jahren hatten erstmals für die Reichstagswahlen 1919 das Wahlrecht bekommen. Sie sollten nun über ihre neuen Möglichkeiten aufgeklärt werden (aus: Eckernförder Zeitung, 16. 12. 1918).

[15] Eckernförder Zeitung 23. 11. 1918. Ein bestimmtes befangenes Denken der Räte wird auch deutlich: Jünger konnte sich nur „Männer" in verantwortlichen Positionen vorstellen.

[16] Eckernförder Zeitung 22. 11. 1918.

Staat hatte für sie seine Legitimation verloren. Als wichtigstes Ziel nannte der Vorsitzende des Arbeiter- und Soldatenrates die Abwendung eines drohenden Notstandes in Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden und die Wahlen zu einem Parlament in einer *„sozialen Republik"*. Mit letzterem Begriff war wahrscheinlich ein Staat gemeint, der mit oder ohne „sozialisierte" Produktionsmittel auf Grundlage von Gewaltenteilung, Mehrheitsbeschlüssen und starken sozialstaatlichen Elementen arbeiten sollte. Die Frage der Vergesellschaftung der Produktionsmittel – damals Kernforderung jeder sozialistisch orientierten Bewegung – galt für die Räte als offen.

Die Zielvorstellung einer „sozialen Republik" war so insgesamt recht unscharf, doch eines stand für den Eckernförder Arbeiter- und Soldatenrat fest: Am Ende einer Revolution sollte ein demokratischer Staat ohne militaristische Relikte aus dem Kaiserreich stehen. Mit der Entlassung des Heeres im ganzen Reich zog es auch die in Eckernförde stationierten Soldaten in ihre Heimatstädte. Somit löste sich auch der Soldatenrat in Eckernförde auf, der Arbeiterrat arbeitete alleine weiter. Die nun verfolgten Aktivitäten lagen immer noch in dem schon vorgegebenen Rahmen: Der Arbeiterrat vermittelte Stellen für entlassene Soldaten, versuchte besonders deutliche Fälle von Wohnungselend bei Landarbeiterfamilien zu verbessern und unterstützte bzw. organisierte die Arbeit der Bauernräte. Die gewählten Vorsitzenden dieser ländlichen Räte – es handelte sich um zwei Großgrundbesitzer und einen Vollhufner – äußerten sich zwar kritisch zu den Maßnahmen des Rates, verhielten sich aber vorerst loyal zur neuen Republik, wenn auch in einer Äußerung eine Version der späteren Dolchstoßlegende anklang.[17]

An die Landwirte des Kreises Eckernförde!

Sie werden hierdurch aufgefordert, sofort hierher Mitteilung zu machen, wenn die Instandsetzung Ihrer landwirtschaftlichen Maschinen aus irgendwelchen Gründen auf Schwierigkeiten stößt. Wir werden bemüht sein, Ihnen jede Unterstützung zu gewähren.

Arbeiter- u. Soldatenrat Eckernförde

Abt. Kreisernährungsamt

Otto Jänger. Ringer.

Als eine der wichtigsten Aufgaben für den Arbeiter- und Soldatenrat galt die Lebensmittelversorgung nach dem Krieg: Da die Landwirtschaft sehr unter den Kriegsfolgen gelitten hatte, bemühten sich die Arbeiter- und Soldatenräte besonders, bestimmte Ersatzteile für die landwirtschaftlichen Geräte zu besorgen (aus: Eckernförder Zeitung, 20. 11. 1918).

Im Dezember war die Revolution in Eckernförde eigentlich schon beendet. Gegen die lokalen Räte, die neue Reichsleitung und allgemein gegen die Umwälzung hatte sich in Eckernförde

[17] Eckernförder Zeitung 18. 12. 1918. Ein Gutsbesitzer machte die Revolution für die Nahrungsmittelmisere verantwortlich.

kein Widerstand erhoben. Der Eckernförder Arbeiterrat konnte ohne schwere Konflikte mit den Behörden die dringend zu lösenden Tagesprobleme nach dem Waffenstillstandsabschluß regeln. Eckernförde schien gleitend vom Kaiserreich in einen neuen, noch nicht klar definierten Staat übergegangen zu sein.

Auch die Ereignisse im fernen Berlin – wie der Reichsrätekongreß oder der Januaraufstand des Spartakus – fanden keinen oder nur geringen Widerhall. Eckernförde schien das erste Weihnachten im Frieden zu feiern. Lediglich eine Bemerkung im Protokollbuch der USPD von Ende Dezember deutet darauf hin, daß auch Unzufriedenheit mit den Entwicklungen herrschte.[18]

Die Wahlen im Januar 1919 bestätigten die führende Rolle der (M)SPD in Stadt und Kreis, erbrachten eine große Mehrheit für die demokratischen Parteien insgesamt und eine absolute Mehrheit für die Parteien der Arbeiterbewegung im Kreis und in Borby, nicht aber in der Stadt Eckernförde:[19]

Die Wahl zur Nationalversammlung im Januar 1919

	Eckernförde	Borby	Kreis Eck.	Reich
USPD	11,5 %	12,9 %	9,4 %	7,6 %
SPD	35,9 %	45,5 %	41,1 %	37,9 %
DDP	40,6 %	26,9 %	26,9 %	18,6 %
DVP	6,6 %	7,1 %	5,2 %	4,4 %
DNVP	2,5 %	3,7 %	8,6 %	10,3 %
sonstige	2,9 %	3,9 %	9,7 %	21,2 %

Im Vergleich lagen die Stimmen für die USPD und DDP in Eckernförde und Borby zusammen höher als im Reichsdurchschnitt; die Stimmen für die SPD entsprachen ihm ungefähr.

4. „Waffenfunde" oder: Die Gegenseite bleibt nicht nur passiv

Der Arbeiterrat sah aber mit der Wahl die Revolution noch nicht als gesichert an und stellte deswegen seine Arbeit nicht ein. Er führte seine sozialpolitischen Aktivitäten fort und kontrollierte auch weiterhin die Behörden. Die Tatsache, daß aber einige wichtige Akten nicht gegengezeichnet worden sind, zeigt auf, daß es z. B. dem Landrat leicht gewesen sein muß, diese Prüfung zu unterlaufen.

Als im März 1919 ein Oberstleutnant aus Rendsburg in Ekkernförde Freiwillige für das Freikorps „Schleswig-Holstein" anwerben wollte, beschloß der Arbeiterrat, diese Aktion zu verhindern. Der anti-demokratische Charakter *der* Freikorps war inzwischen zu offensichtlich geworden. Er tolerierte allerdings den Aufbau von *anderen* Freikorps in Eckernförde, deren Offiziere von der Provinzialregierung anerkannt worden waren.[20]

Im April 1919 wurde bei einer Hausdurchsuchung auf dem Gut des Prinzen Heinrich ein größeres Lager von Schußwaffen und Handgranaten gefunden. Die Vermutung lag nahe, daß dieses Arsenal einmal zu Zwecken, die gegen die neue Republik gerichtet waren, verwendet werden könnte. Der Arbeiter-

[18] Protokollbuch a.a.O. Eintragung vom 19. 12. 1918. Es wurde bemängelt, daß die Provinzialregierung Antragsrecht bei den Regionalrätekonferenzen habe. Diese wurde als unzulässige Einmischung gesehen.
[19] Eckernförder Zeitung 14. 1. 1919.
[20] LAS 320 Eckernförde/Rev..

rat betrieb deshalb die Beschlagnahme dieses Fundes.[21] Auch andere Waffenlager, die in der folgenden Zeit auf weiteren Gütern entdeckt wurden, wurden auf seine Initiative hin aufgedeckt. Wegen dieser Ereignisse hielten Jünger von der (M)SPD und Jürgensen von der USPD, die sich inzwischen als Meinungsführer im Arbeiterrat herausgebildet hatten, die Arbeit dieses Gremiums für weiterhin notwendig. Während Jürgensen jedoch die Einrichtung von Arbeiter- und Soldatenräten uneingeschränkt bejahte und sie in die Verfassung neben dem Reichstag einbinden wollte, sah Jünger einen anderen Schwerpunkt. Er erklärte, daß die Revolution bereits alle ihre Ziele erreicht habe und die Revolution durch die Parlamentswahlen nunmehr abgeschlossen sei. Reichs- und Landtage *„müßten aber weiter recht kräftig durch die Arbeiter beeinflußt werden"*. Jünger bat die Öffentlichkeit dann um Anregungen für ein zukünftiges Betätigungsfeld des Arbeiterrates.[22] Eine Woche später umriß er seine Vorstellungen: Die Arbeiterräte sollten in eine *„Arbeitskammer"* aufgehen, der offenbar eine *„Unternehmerkammer"* gegenüberstehen sollte. Damit war eine Umfunktionierung *im Sinne* einer wirtschaftlichen Vertretung von Arbeitnehmern *in der Form* etwa eines Betriebsräteparlaments gemeint. Jünger gab auch bekannt, daß der Arbeiterrat in Eckernförde eine Änderung in diese Richtung bereits selbst beschlossen habe.[23]

Die USPD in Eckernförde bemühte sich besonders um die Organisierung von Landarbeitern auf den umliegenden Gütern oder in den entsprechenden Dörfern. Ergebnis einer dieser Bemühungen war offensichtlich die Gründung eines Ortsvereins in dem kleinen Ort Rieseby um 1918/19. Als die USPD dann 1922 zum großen Teil wieder zur SPD übertrat, wurde auf der Fahne das „U" (= „Unabhängige") einfach wieder entfernt. Der heutige Zustand der Fahne ist rechts zu sehen, links wurde die alte Fahne anhand der noch sichtbaren Nadelstiche mit Kreide rekonstruiert.

Dieser trat in den folgenden Monaten dann nur noch in dem rein wirtschaftlichen Bereich der Interessenvertretung z. B. bei der Unterstützung des Aufbaus einer Landarbeitergewerkschaft an die Öffentlichkeit. Im Zusammenhang mit derartigen Aktivitäten wurden allerdings hauptsächlich Namen aus der Eckernförder USPD erwähnt.[24]

Seit September 1919 sind Aktionen des Arbeiterrates in Eckernförde nicht mehr nachzuweisen; wahrscheinlich hängt

[21] LAS 320 Eckernförde/Rev..
[22] Eckernförder Zeitung 23. 4. 1919.
[23] Eckernförder Zeitung 2. 5. 1919.
[24] Die USPD in Eckernförde versuchte sich ab Frühjahr 1919 auch deutlich von der KPD abzugrenzen; es mehrten sich die Stimmen, die die Putschaktionen der KPD verurteilten, siehe: Protokollbuch, a.a.O. Eintragung 4. 7. 1919.

dieser Sachverhalt auch mit der Auflösung sämtlicher Arbeiter- und Soldatenräte in Schleswig-Holstein zusammen.

Die ehemaligen königlich-preußischen Beamten in Eckernförde, wie der Bürgermeister Albers und der Landrat v. Schröder, blieben allerdings durch die revolutionären Ereignisse unangetastet im Amt. Auch der höchste Offizier der für die Stadt zuständigen Militärbehörde, von Lattorf aus Schleswig, der in Eckernförde für die nicht aus demokratischen Kräften zusammengesetzten Freikorps warb, konnte weiterhin seine Funktion wahrnehmen.

Alle drei waren maßgeblich im März 1920 am Kapp-Putsch beteiligt, den sie entweder in Zusammenarbeit mit einigen Gutsbesitzern aus der Umgebung im Amt vorbereiteten, oder indem sie – wie z. B. der Landrat dort – eine dubiose Rolle spielten. In diesem Putsch, während dessen Eckernförde von Reichswehrtruppen und Freikorps militärisch besetzt worden war, sollte die gewählte Reichsregierung abgesetzt und schließlich die Weimarer Republik zu Fall gebracht werden.

Während sich die offen für eine demokratische Republik einsetzende Rätebewegung ab 1919 aus der Öffentlichkeit zurückzog, blieben die Kräfte, die schon vor der Revolution wichtige Machtpositionen in Justiz, Militär, Verwaltung und auf den Gütern innehatten und die – wie sich allerdings erst später zu deutlich herausstellen sollte – anti-demokratisch eingestellt waren, nach wie vor auf ihren Posten. Ein Bruch mit dem Kaiserreich war immer noch nicht endgültig vollzogen worden – die Revolution für einen demokratischen Staat war auch in Eckernförde auf halbem Wege steckengeblieben.

5. „Die Arbeiter- und Soldatenräte haben sich jedes direkten Eingriffs zu enthalten" oder: Die sozialistische Reaktion von oben

Die Ursachen für den Bedeutungsverlust der Rätebewegung sowie ihr Unvermögen, ihr Ziel einer „sozialen Demokratie" erfolgreich durchzusetzen, können am Lokalmodell Eckernförde auf mehreren Ebenen gesehen werden.

Die Revolution war von einem Arbeiter- und Soldatenrat getragen worden. Doch der eine Teil dieser Bewegung, der Soldatenrat, löste sich bereits einen Monat nach dem Umsturz auf. Sicherlich ist der Wunsch vieler Matrosen, nach vier Jahren Kriegsdienst an den heimatlichen Wohnsitz auf Dauer zurückzukehren, sehr verständlich; er zeigt jedoch auch, daß ein revolutionäres Bewußtsein nur ansatzweise vorhanden war. Die Auflösung des Soldatenrates schwächte aber die Machtbasis der Rätebewegung; Entschlüsse waren nun schwieriger durchsetzbar. Die Zielvorstellungen des Arbeiter- und Soldatenrates sind hinreichend erörtert worden. Nachdem sich die politische Umwälzung so scheinbar ruhig vollzogen hatte, begannen auch Differenzen in der Arbeit der Räte eine größere Rolle zu spielen. Während Teile der sich zur (M)SPD zählenden Fraktion ihre Aufgabe eher auf wirtschaftlichem Gebiet sahen, forderten die zur USPD neigenden Mitglieder politische Kontrollrechte. Diese Diskrepanz bestand in der im November 1918 vorgenommenen Rollenverteilung im Arbeiter- und Soldatenrat Eckernfördes noch nicht, denn dort teilten sich beide

Fraktionen die Aufgaben gleichwertig auf. Ab Januar 1919 hatte die Rätebewegung in Eckernförde aber keine einheitliche Ausrichtung mehr, da die einzelnen Vertreter immer mehr zum Sprachrohr von Parteistandpunkten wurden. Diese inhaltliche Zersplitterung mußte sich lähmend auf die Durchsetzung der grundsätzlichen Ziele auswirken.

Als ein wichtiges Hemmnis muß auch die Politik der damals das Reich regierenden „Volksbeauftragten", die zuerst von (M)SPD und USPD paritätisch, dann ab Dezember 1918 nur noch von der (M)SPD allein verantwortet wurde, angesehen werden.

Am 20. 12. 1918 wiederholten der preußische Innenminister und der Finanzminister – beide gehörten den sozialdemokratischen Parteien an – noch einmal die Anweisung, daß Beamte nur in dringenden Fällen und nur mit Zustimmung des Innenministeriums absetzbar seien und sich die Arbeiter- und Soldatenräte *„im allgemeinen jedes direkten Eingriffs in die Verwaltung zu enthalten"* hätten.[25] Diese Anweisung engte die Arbeit der Räte entschieden ein. Die Novemberregelungen wurden dadurch sichtlich verschärft.

Am 25. Januar beschwerte sich der Bürgermeister von Ekkernförde bei der Provinzialregierung, daß er zwar den Arbeiterrat auf die Beschränkung seiner Befugnisse hingewiesen habe, dieser aber seinen Hinweis nicht annehmen wolle. Offenbar beharrte der Arbeiterrat weiterhin auf seinen vollen Kontrollrechten. Die Antwort des Regierungspräsidenten in Abwesenheit seines Beigeordneten E. Adler klang wie aus alten Tagen: *„Der Arbeiterrat ist ebensowenig wie der Vollzugsausschuß dem Magistrat übergeordnet."*[26] Der Bürgermeister mußte sich nach dieser Entscheidung wieder als mit voller Autorität eingesetzt gefühlt haben. Er berief sich bei seiner Beschwerde auf einen neuen Erlaß des Finanzministeriums von Anfang Januar, der den Räten inzwischen weder das Recht auf Einspruch noch auf gegen das geltende Gesetz verstoßende Änderungen von Verwaltungsmaßnahmen einräumte. Auch die Teilnahme an Magistratssitzungen sowie die Einsicht in als geheim eingestuften Akten konnten hiernach den Arbeiter- und Soldatenräten verwehrt werden.[27]

Man muß sich die Bedeutung einer solchen Reglementierung vor Augen halten. Zwei Arbeiter wurden während der Revolutionstage dem Landrat „beigeordnet", stellten sich im Amt vor und wollten die Arbeit der Verwaltung kontrollieren. Der Landrat hatte sie sicherlich mit Höflichkeit, aber auch Distanz empfangen und ihnen ihre aufgetragene Aufgabe wahrscheinlich nicht erleichtert. Einer Kontrolle zu entgehen, mußte unter diesen Umständen sehr leicht gewesen sein; der Amtsleiter konnte die Wege des Informationsein- und -ausgangs in der Hand behalten. Die Beigeordneten müssen mit dem Gefühl der Ohnmacht gelebt haben. In dieser Situation wurden von der von den Arbeiter- und Soldatenräten eingesetzten Reichsregierung Erlasse herausgegeben, die die Aufgaben gerade dieser unteren Kontrolleinrichtungen auf ein Minimum einzuschränken versuchten. Die beiden Delegierten des Arbeiterra-

[25] LAS 320 Eckernförde/Rev..

[26] LAS 309/8463. Der zweite Beigeordnete im Regierungspräsidium war allerdings damit einverstanden, daß dieser Bescheid ohne Gegenzeichnung von Adler gegeben wurde.

[27] Der Erlaß ist zitiert bei *E. Kolb*: Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918/19, Düsseldorf 1962, S. 265.

Die Ernennung zum Landrat galt um die Jahrhundertwende in der Provinz Preußen, in die auch Schleswig-Holstein 1866 eingegliedert worden war, immer noch als Privileg des Adels. Die Landräte von Eckernförde im 1. Weltkrieg, von Reck und von Schröder, residierten in diesem Gebäude in Borby am Mühlenberg. Das Landratsamt wurde in einem neugotischen Stil erbaut, der für viele regionale preußische Verwaltungsgebäude der Zeit typisch war. Der Rückgriff auf die Architektur der Gotik kann im Zusammenhang mit dem damals herrschenden Nationalismus gesehen werden. Man wollte offenbar hiermit zu Ende des 19. Jhs. eine spezifisch deutsche Architektur demonstrieren, denn die Stilrichtung der Gotik hatte im Mittelalter in Deutschland wichtige Prägungen erhalten und war nicht, wie andere Kunstströmungen, allein aus dem Ausland eingeführt worden (Bild: Stadtarchiv Eckernförde).

tes müssen sich brüskiert gefühlt haben; Kontrolle war nun unter diesem neu festgelegten Rahmen erst recht nicht mehr möglich.

Eine Erklärung für diese Haltung der sich nun in einer Revolutionsregierung befindenden SPD- oder auch teilweise USPD-Leitung enthält die Rede von Carl Legien, dem bekannten Reichstagsabgeordneten der (M)SPD und langjährigen Vorsitzenden des ADGB (Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund). Legien redete auf einer Wahlversammlung der Eckernförder SPD am 12. 1. 1919. Da seine Ausführungen sehr aufschlußreich für die Ziele und die Einschätzung der politischen Lage durch die SPD-Leitung sind, sollen sie hier ausführlich zitiert werden. Legien sagte:

„Als gewaltigste Revolution in der Weltgeschichte darf in Deutschland die Revolution im November bezeichnet werden. Es ist eine soziale Revolution, und was das erfreuliche dabei ist, sie ist mit verhältnismäßig geringen Opfern erkämpft worden. Der Erfolg der Revolution beweist, daß die seit dem 4. August 1914 eingeschlagene Politik der SPD (Legien meinte hiermit die Bewilligung der Kriegskredite durch die SPD - d. Verf.) *die richtige gewesen ist. Wären wir den Unabhängigen gefolgt und hätten schon 1917 Schritte unternommen, so wären sie mit Waffengewalt niedergeschlagen worden. Die Voraussetzung der Revolution war der Zusammenbruch des Militarismus. Die wahnsinnige Idee, den Gegner mit Waffengewalt niederzuschlagen, mußte erst Schiffbruch erleiden. Der Verlauf der Revolution zeigte auch, daß der Eintritt in die Regierung der SPD der richtige Weg war. Die militärischen Gewalten machten die Politik im Lande. Erst durch den Eintritt in die Regierung wurde die*

Möglichkeit gegeben, die politischen Verhältnisse zu ändern. Auf das Drängen der Oberheeresleitung wurde das Waffenstillstandsangebot gemacht, worauf die SPD die Abdankung des Kaisers verlangte... Am 9. 11. trat die allgemeine Arbeitsruhe in Berlin ein. Dann begannen die Verhandlungen mit der USP, um den Bruderkampf einzustellen... Die Politik der SPD hat bewirkt, daß sich die SPD auch die Anerkennung der bürgerlichen Kreise erworben hat. Daher und weil sie sich nicht mehr gewachsen fühlten, ließen die bürgerlichen Gewalten die Regierung in unsere Hände übergehen. Daher ist der Beweis erbracht, daß das deutsche Volk der SPD viel zu danken hat für die Übernahme der Regierungsgewalt. Inzwischen hatten sich die Arbeiter- und Soldatenräte gebildet. Gewiß sind Dummheiten vorgekommen, haarsträubende Dummheiten, gewiß ist manches geschehen, das besser unterblieben wäre. Aber wir dürfen nicht nur die Schattenseiten sehen, wir müssen anerkennen, daß Dank der organisatorischen Arbeit, die die sozialistischen Arbeiter- und Soldatenräte leisteten, dieser gewaltige Übergang fast ohne Blutvergießen möglich war...

Es ist eine furchtbare Erbschaft, die die SPD angetreten hat: Ein vollständig zerrüttetes Wirtschaftsleben, eine Industrie, die zur Hälfte tot ist, zur anderen Hälfte eingestellt auf die Erfordernisse des Krieges, der größte Teil unseres Volkes seit mehr als zwei Jahren leidend an Unterernährung und Kleidermangel...

Wir haben eine sozialistische Regierung. Sie hat in der ersten Stunde erklärt, daß sie ihr Amt nur als ein einstweiliges betrachtet, weil wir Demokraten sind, deswegen verwerfen wir jede Diktatur... Wir wenden uns auch gegen die Kreise, die alle Veränderungen im wirtschaftlichen Leben auf dem Wege der Gewalt vollziehen wollen, die wir ganz bestimmt aufgrund einer Mehrheit des Volkes mit gesetzlichen Mitteln durchführen können...

Wir haben seit jeher die Absonderung der Landesverteidiger in eine besondere Kaste verurteilt, weil wir ein Volksheer fordern, in dem... auch jeder Soldat Bürger ist. Erst wenn dem Heere durch die sozialistische Mehrheit in der Nationalversammlung dieses Recht endgültig zustehen wird, können wir behaupten, daß der endgültige Bruch mit dem Militarismus... vollzogen wird."[28]

Legien sprach sich dann noch gegen eine vorzeitige Sozialisierung der Industrie aus, weil das Wirtschaftsleben zuerst einmal wieder aufgebaut werden müsse, und verwies wiederum auf die Notwendigkeit eines Mehrheitsbeschlusses zu dieser Maßnahme. Kritik an der Politik der SPD der letzten Jahre konnte Legien nicht anerkennen und warf dem bereits erwähnten Beigeordneten beim Landrat, J. Jürgensen, vor, daß dieser den Aufbau eines Volksheeres, wie er z. Zt. stattfinde, nicht richtig verstehe.[29]

Die Revolution von 1918 und die Abdankung des Kaisers scheinen nach Legiens Darlegungen einzig das Werk einer Partei – nämlich der SPD und in ihr besonders der (M)SPD-Fraktion im Reichstag – zu sein. Diese habe in langfristiger Planung konsequent – und oft zu Unrecht angegriffen – die

[28] Eckernförder Zeitung 13. 1. 1919.
[29] Ebd.

Ablösung der Monarchie betrieben und erreicht. Schließlich sei die Bewilligung der Kriegskredite auch als ein Baustein für diesen geradlinigen Weg anzusehen. Legien konnte und wollte die Revolution so nur als Ergebnis einer Politik „von oben" sehen. Zwar würdigte er auch die Rolle der Arbeiter- und Soldatenräte, schränkte ihre Bedeutung aber auf bloße organisatorische Leistungen in der Umbruchzeit ein.

Nicht erwähnt oder verdeckt wird in der Rede, daß der SPD gerade in dieser Zeit ein konkretes Programm oder konkrete Vorstellungen während und nach einem Zusammenbruch des Kaiserreichs fehlte. Dieser Mangel wird schon allein in dem Zögern der SPD-Reichstagsfraktion sichtbar, überhaupt eine Republik auszurufen. Sie rang sich schließlich zu diesem Schritt durch, weil der Druck „von unten" zu stark geworden war. Friedrich Ebert versuchte zuletzt noch die Staatsform der Monarchie zu retten, auch wenn er sie in eine konstitutionelle hätte umändern sollen.

Die (M)SPD gab sich im November 1918 mit der Übertragung der Regierungsverantwortung an die parlamentarische Mehrheit zufrieden; die nach demokratischen Strukturreformen drängende Rätebewegung störte nun eher einen geordneten Ablauf der Regierungsgeschäfte.[30]

Mit der von Legien dargestellten Errichtung eines *„Volksheeres"* konnte nur der Aufbau der sogenannten Freikorps gemeint sein, die von ehemaligen kaiserlichen Offizieren geleitet wurden und als ein Sammelbecken der offen anti-demokratischen Kräfte galten. Zu diesen Truppen und der sich reorganisierenden Reichswehr gab es später kein militärisches Gegengewicht mehr; eine Abhängigkeit der Existenz der Republik vom Wohlwollen dieser Gruppen war vorauszusehen. Auch die Aussage Legiens, die Änderung der inneren Strukturen des in Preußen als „Staat im Staate" bekannten Heeres einer parlamentarischen Entscheidung zu überlassen, zeugt davon, daß die SPD *„die Kernfrage einer demokratischen Revolution"*[31] nicht erkannt hatte. Diese lautete nämlich,

„wie eine solche Demokratie geschaffen werden kann, wo sie noch nicht bestanden hat, d. h. welche Veränderungen der Machtverhältnisse vorausgehen müssen, bevor die neuen formalen Institutionen gesichert funktionieren können".[32]

Andernfalls stand die neue Republik ohne solides Fundament da, ständig gezwungen, von anderen als dem demokratischen Entscheidungszentrum geleitet zu werden.

Aus den Worten Legiens spricht aber auch noch der Optimismus im Hinblick auf eine zukünftige sozialdemokratische Mehrheit in den Parlamenten und Verantwortungsbewußtsein für die Bewältigung der schwerwiegenden wirtschaftlichen Probleme Deutschlands nach dem 1. Weltkrieg.

Die Politik der Zurückdrängung der Initiativen „von unten" und der Duldung anti-demokratischer Gruppen setzte sich auch in Eckernförde noch 1919 fort. Als der Arbeiterrat – ordnungsgemäß und die Entscheidungshierarchie achtend – beim Innenministerium Preußens, dem inzwischen P. Heine von der (M)SPD vorstand, um Anweisungen bezüglich der

[30] Zu diesem Gesamtkomplex und genaueren Belegen siehe:
R. Rurüp: Demokratische Revolution und „Dritter Weg", in: Geschichte und Gesellschaft 9/1983, S. 288f.
H. A. Winkler: Von der Revolution zur Stabilisierung, Bonn 1984, S. 68–190.
E. Kolb: Die steckengebliebene Revolution, in: Wendepunkte der deutschen Geschichte, hrsg. von C. Stern u. H. A. Winkler, Frankfurt 1980, S. 87–116.
E. Kolb: Die Weimarer Republik, München 1984, S. 156f.

[31] *R. Löwenthal*: Die deutsche Sozialdemokratie, in: Weimar und heute, in: ders.: Sozialismus und aktive Demokratie, Frankfurt 1974, S. 101.

[32] *R. Löwenthal*: a.a.O. S. 101.

Waffenfunde auf den Gütern nachfragte, bekam er eine überraschende Antwort. Heine sah in dem Waffenarsenal kein rechtliches Vergehen und keinen weiteren Anlaß für ein Einschreiten durch seine Behörde gegeben.[33]

Auch hier muß man sich die Bedeutung einer solchen Entscheidung vor Augen halten. Eine zur Demokratie hinführende Revolution hatte auch ohne Blutvergießen in Eckernförde stattgefunden. Nun – einige Monate später – sammelten Anhänger des alten Regimes bereits wieder militärische Mittel, um sie eventuell zu einem geeigneten Zeitpunkt einsetzen zu können. Doch der zuständige Innenminister sah in diesen Entwicklungen keine Ursache zur Beunruhigung, wies weitergehende Vorschläge durch den Arbeiterrat zurück und erachtete den Vorfall als abgeschlossen. Diese Entscheidung schwächte die Stellung des Arbeiterrates, förderte aber antirepublikanische Bestrebungen, da hier kein Signal gesetzt worden war. In der Tat wurden dann 1919 bekanntlich weitere Waffenlager auf Gütern entdeckt.

Ein weiterer, wichtiger Faktor, der zum Scheitern der Rätebewegung führte, muß in den Ergebnissen der Gemeindewahlen vom Frühjahr 1919 gesehen werden: Hier erhielt eine „bürgerliche Liste" bei einer Wahlbeteiligung von ca. 65 % in Ekkernförde und Borby zusammen 60,9 % der Stimmen, während SPD und USPD nur auf 39,1 % kamen. Die die Revolution aktiv tragenden Parteien waren somit auf der Gemeindeebene in die Minderheitsposition gedrängt und ihre Legitimation sichtbar erschüttert worden.

6. Zwar Auflösung, aber kein Rückzug – der weitere Lebensweg der Arbeiter- und Soldatenräte

Die Lebenswege der Mitglieder der Soldatenräte sind nicht mehr zu verfolgen, weil diese nach der Entlassung aus der Marine in ihre verschiedenen nicht bekannten Heimatstädte zurückkehrten. O. Jünger, der Vorsitzende des Arbeiterrates, ging nach seiner Entlassung aus der Torpedoversuchsanstalt – der größte Teil der Belegschaft war nach Kriegsende entlassen worden – wieder in seinen Heimatort Bremen-Vegesack zurück. J. Scharfenberg trat zur KPD über und blieb dort sehr aktiv. 1936 wurde er als Mitglied eines Fluchthelferrings in Eckernförde, der Verfolgte über die Ostsee nach Dänemark in Sicherheit brachte, festgenommen und verbrachte ein halbes Jahr im KZ. Wegen seines durch die KZ-Haft äußerst angegriffenen Gesundheitszustandes wurde er dort aber wieder entlassen. Scharfenberg starb 1937. Jürgen Jürgensen, der zwar nicht dem Vollzugsausschuß angehörte, aber trotzdem eine wichtige Rolle während der Revolution spielte, trat – wie die meisten Mitglieder der Eckernförder USPD – 1922 zur SPD über. Er vertrat später als gewählter Abgeordneter den Wahlkreis Ekkernförde im preußischen Landtag und hatte dort 1932 das Amt des Fraktionsgeschäftsführers inne. Jürgensen kam wahrscheinlich als KZ-Häftling während eines irrtümlichen Angriffs von englischen Flugzeugen auf das Schiff „Cap Arcona", auf das fast alle Insassen des KZ-Neuengamme verschleppt worden waren, im Mai 1945 um. F. Lange trat wie Jürgensen 1922

[33] LAS 320 Eckernförde/Rev..

von der USPD zur SPD über, blieb weiterhin dort und im „Reichsbanner" aktiv, wurde 1933 verhaftet, aber wegen seiner Unentbehrlichkeit als qualifizierter Facharbeiter der Torpedoversuchsanstalt wieder freigelassen. Nach dem Krieg zählte er zu den ersten, die die SPD in Eckernförde wieder ins Leben riefen. Er starb 1982.

W. Stöcken blieb in der SPD und konnte trotz seiner bekannten politischen Einstellung in der Zeit des Nationalsozialismus seinem Beruf als Fischer nachgehen. Die englischen Besatzungsbehörden ernannten ihn 1946 wegen seiner Aktivitäten für den Aufbau einer neuen Demokratie zum provisorischen Landrat des Kreises. Über die anderen Mitglieder des Vollzugsausschusses, T. Ehler, der übrigens Lehrer von Beruf war, M. Huber und H. Witt, waren weder schriftliche noch mündliche Informationen in Erfahrung zu bringen.

7. Revolution und revolutionäre Bewegung in Eckernförde – Fazit

Der Arbeiter- und Soldatenrat in Eckernförde zeigt ein für das deutsche Reich typisches Bild. Er rekrutierte sich hauptsächlich aus Angehörigen der Arbeiterklasse und – der wirtschaftlichen Struktur Eckernförde entsprechend – aus Fischern. An der Spitze standen auch hier lokale Parteifunktionäre der SPD und USPD. Die Ziele des Arbeiterrates lagen eindeutig in der Beendigung des Krieges und der Beseitigung des Militarismus, in der Errichtung einer *„sozialen Republik"* und – was in Ekkernförde sehr stark ausgeprägt war – in der Sicherung der lebensnotwendigen Güterherstellung. Nicht die Zerschlagung, sondern die Kontrolle der überkommenen kaiserlichen Exekutive und die Lösung der sich stellenden Tagesprobleme, wie z. B. die Demobilmachung, wurde angestrebt. Von einer potentiellen proletarischen Rätediktatur nach bolschewistischem Muster, wie es der Rätebewegung als Ziel in einem häufig zitierten Aufsatz unterstellt wurde,[34] kann in bezug auf das lokale Modell Eckernförde nicht die Rede sein. Auch die USPD am Ort forderte nur ein Rätesystem *neben* der Nationalversammlung und stand ansonsten weitgehend loyal zur Republik. Eine Radikalisierung der Rätebewegung, wie sie teilweise in Berlin oder im Ruhrgebiet zu beobachten war, setzte in Eckernförde, wie in ganz Schleswig-Holstein, nicht ein. Die Ursachen für diesen Sachverhalt sind in der historischen Forschung noch nicht geklärt worden und können hier von einem Fallbeispiel aus auch nicht erschlossen werden. Wahrscheinlich spielt aber die noch stark landwirtschaftlich ausgeprägte wirtschaftliche Struktur Schleswig-Holsteins und ihre Auswirkung auf die Mentalität seiner Bewohner eine wichtige Rolle.

An den Wahlergebnissen wird deutlich, daß die USPD, die in der Öffentlichkeit sehr aktiv wirkte, nur über ihr eigenes Mitgliederpotential als Wähler verfügte. Die (M)SPD, die immerhin den Vorsitzenden des Arbeiterrates stellte, aber ansonsten durch weniger Initiativen in der Zeit hervortrat, besaß dagegen einen großen Wählerstamm und genoß ganz offensichtlich ein höheres Vertrauen in der Eckernförder Bevölkerung.

[34] *K. D. Erdmann*: Die Geschichte der Weimarer Republik als Problem der Wissenschaft, in: VfZG 3/1955, S. 6f. ebenfalls, aber fragend formuliert und Skepsis an anderen Stellungnahmen anmeldend, *ders.*: Die Zeit des Weltkrieges, in: Gebhardt, Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 4, Stuttgart 1973, S. 166. In jüngerer Zeit auch in dieselbe Richtung argumentierend. *E. Jesse/H. Köhler*: Die deutsche Revolution 1918/19 im Wandel der historischen Forschung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B.45/78, S. 3–23.

Die inzwischen die Regierungsgeschäfte im Auftrag der Arbeiter- und Soldatenräte übernehmenden Führer der Mehrheitssozialdemokratie und teilweise auch der Unabhängigen Sozialdemokratie, die an eine vermeintliche Orientierung der Räte an bolschewistischen Zielen glaubten, setzten in der angeblichen Spannung zwischen den Zielsetzungen *„Existenzsicherung"* und *„Neuordnung"* ausschließlich auf die erste Möglichkeit und behielten den alten Apparat des kaiserlichen Staates bei. Ohne die Unterstützung erfahrener Fachleute waren die sich bei Kriegsende stellenden Aufgaben sicherlich nicht zu lösen. Das Problem lag aber darin, daß die provisorische Reichsregierung sich der Stützen der Monarchie nicht für eine gewisse Übergangszeit bediente, sondern sie auf Dauer stabilisierte und die mehrheitlich demokratische Rätebewegung zurückdrängte. Den Forderungen dieser Bewegung *auch* Rechnung zu tragen, hätte der Weimarer Republik von vornherein eine höhere Stabilität gegeben. Das Problem lag offenbar nicht *„in dem ‚ob' der Zusammenarbeit, sondern ihrem Ausmaß und in ihren Bedingungen"*.[35]

Eine Revolution hatte nur als kurzes Zwischenspiel in der Stadt stattgefunden. Die Stellung der alten Autoritäten in Eckernförde wurde nicht angetastet. Trotz der vormals linksliberalen Ausrichtung der Bevölkerung der Stadt und trotz der relativ starken Arbeiterbewegung, konnten die Anhänger des Alten und die Gegner der Republik nicht nur bald zu einem skrupellosen Kampf gegen den demokratischen Staat aufrufen, sondern auch die politische Atmosphäre der Stadt maßgeblich beeinflussen.[36]

Husaren heraus!

Das Husarenregiment 16 stellt 2 Freiwilligenschwadrone auf. Unteroffiziere und Mannschaften der Kavallerie, sowie Unteroffiziere und Mannschaften der Infanterie, die am M.-G. voll ausgebildet sind, werden als Freiwillige angenommen. Es gelten die für den Grenz- und Heimatschutz bekannten Bedingungen, mobile Löhnung und 5.— Mk. Tageszulage.

Für die Annahme der Freiwilligen ist regierungstreue Gesinnung, unbedingte Zuverlässigkeit u. Unterwerfung unter die Befehlsgewalt der Führer Vorbedingung.

Ich rufe insonderheit alle ehemaligen 16. Husaren, die in Krieg und Frieden zum Ruhme des Regiments bereits beigetragen, zu den Waffen. Es gilt die Ehre unseres stolzen Regiments!

Meldungen werden auf dem Regiments-Geschäftszimmer in Schleswig entgegengenommen. Militärpapiere und Entlassungsanzug sind mitzubringen.

Herreise wird vergütet.

v. Lattorff.
Major und Regimentsführer

Anzeige in der Eckernförder Zeitung vom April 1919: Die sogenannten Freikorps rekrutierten vor allem republikfeindliche Soldaten. Die im Werbetext angesprochene „regierungstreue Gesinnung" muß als Täuschung angesehen werden, denn gerade diese hier 1919 gebildete Truppe war 1920 aktiv am Kapp-Putsch beteiligt.

[35] siehe: *H. A. Winkler*: Von der Revolution, a.a.O. S. 38.

[36] Siehe die Schilderung von *W. Schröder* über Eckernförde: Arbeiterleben in Eckernförde-Borby, in: Vergessen und Verdrängt, hrsg. von K. Hamer u. a., Eckernförde 1984, S. 26f.

Die Räte lösten sich gegen diese Politik nicht nur – wie häufig behauptet – aus Resignation auf, sondern Teile trugen diese Politik der (M)SPD auch aktiv mit. Deswegen kann die – ebenfalls häufig gemachte – Unterscheidung zwischen „Führung" und „Basis" in der Revolution 1918/19 am Beispiel Eckernförde nicht durchgehend nachvollzogen werden.

Sicherlich war die unterbliebene Demokratisierung weiter Bereiche in der Weimarer Republik ein Fehler, der durch die damalige Politik der (M)SPD – Verantwortlichen verursacht worden war, doch lassen die Ergebnisse der Gemeindewahlen 1919, in der die die Revolution aktiv tragenden Pareien nicht mehr die Mehrheit in Eckernförde bekamen, darauf schließen, daß die Weimarer Republik nicht nur durch den obengenannten und verhinderbaren Geburtsfehler von vornherein belastet war. Der revolutionär-demokratischen Bewegung fehlte es nicht zuletzt in einem derartig ländlich strukturierten Gebiet, in dem die Provinzstadt Eckernförde lag, an einem ausreichenden Rückhalt in der Bevölkerung.